

gehören. Israels Verteidigungsgrenze müßte allerdings am Jordan liegen, die Gebiete westlich des Flusses müßten demilitarisiert bleiben. Dann wären wir zu territorialen Kompromissen bereit. Israel wird aber auf keinen Fall zu den Grenzen von vor dem Sechs-Tage-Krieg zurückkehren, geschweige denn Jerusalem erneut teilen.

SPIEGEL: Ihr Koalitionspartner, der Likudblock, lehnt das Prinzip Land gegen Frieden ab.

RABIN: In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit des Volkes.

SPIEGEL: Können die bevorstehenden Wahlen eine klare Entscheidung bringen?

RABIN: Das hoffen wir.

SPIEGEL: Es sieht eher aus, als sei die öffentliche Meinung in Israel nach rechts gerückt, was die Wahlchancen des Likud verbessert.

RABIN: Wann immer es zu Gewalttätigkeiten und Haßausbrüchen gegen Israel kommt, wird eine extreme Reaktion unvermeidbar. Die radikalen Fraktionen auf beiden Seiten begünstigen einander.

SPIEGEL: Falls Schamir die Wahl gewinnt und Israel sich in den besetzten Gebieten festkrallt: Könnte dann dort eine Lage entstehen wie in Nordirland oder gar Südafrika?

RABIN: Der Vergleich mit Südafrika ist völlig verfehlt. Jeder Araber, der israelischer Staatsbürger ist, genießt volle politische Rechte, mit dem zusätzlichen Vorteil, daß er vom Militärdienst befreit ist. Selbst wenn wir morgen die Gebiete annektieren und der Bevölkerung unsere Staatsangehörigkeit anbieten würden, entstünde also keine Lage wie in Südafrika. Die Palästinenser besitzen ja ihren eigenen Grund und Boden im Westjordanland und im Gazastreifen.

SPIEGEL: An Annexion kann niemand im Ernst denken. Was der Likud will, ist die Verewigung des Status quo, und das wäre die schlimmste Lösung.

RABIN: Der Status quo bleibt bestehen, weil es auf arabischer Seite keine Bereitschaft gibt, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

SPIEGEL: Daran wird sich nichts ändern, solange Israel an seinen Bedingungen festhält. König Hussein hat mehrfach erklärt, daß er die besetzten Gebiete gar nicht zurückhaben möchte.

RABIN: Wir können den arabischen Staaten keinen Frieden aufzwingen, und sie können uns keinen

Frieden aufzwingen. Selbst die Supermächte sind nicht in der Lage, ihnen oder uns einen Frieden aufzuzwingen. Um einen Krieg zu beginnen, genügt einer; um Frieden zu schließen, braucht man beide Seiten. Als Präsident Sadat 1977 nach Jerusalem kam, war das israelische Volk von seinem guten Willen überzeugt. Und so wurde ein Frieden erreicht, ohne eine internationale Konferenz, nur mit Unterstützung der USA.

SPIEGEL: Israels ehemaliger Außenminister Abba Eban meinte einmal, die Araber hätten nie eine Gelegenheit versäumt, eine Chance zu verpassen. Könnte dieser Satz jetzt auch für Israel gelten?

RABIN: Ich hoffe, daß Israel seine Bereitschaft beweisen wird, den Frieden zu erreichen.

SPIEGEL: Herr Rabin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Bündnis der einsamen Wölfe

Israels Plutonium-Brüderschaft mit Südafrika / Von Benjamin Beit-Hallahmi

Die Partnerschaft zwischen Südafrika und Israel ist eine Beziehung, die auf der Erde ihresgleichen sucht. Israel hat sich in Südafrika mit Haut und Haar engagiert, mit höherem Einsatz und Aufwand als irgendwo sonst, und es hat sich zu einer wichtigen – und zunehmend unentbehrlichen – Stütze für den Fortbestand des Apartheidregimes entwickelt.

Die Geschichte des Staates Israel kennt keine vergleichbare Liaison von solcher Intimität und Dauer. Die Allianz mit Frankreich in den fünfziger und sechziger Jahren verblaßt neben der „Achse Jerusalem-Pretoria“. Der angesehenste Leitartikler der „Haaretz“ nannte Südafrika „Israels zweitwichtigsten Bündnispartner nach den USA“. Der (südafrikanische) Apartheidkritiker Breyten Breytenbach verspürte diese besondere Freundschaftsbeziehung sogar als Häftling in den Gefängnissen seines Vaterlandes. „Amerikaner und Israelis blieben nie sehr lang in Haft – ihre Regierungen waren die einzigen, die

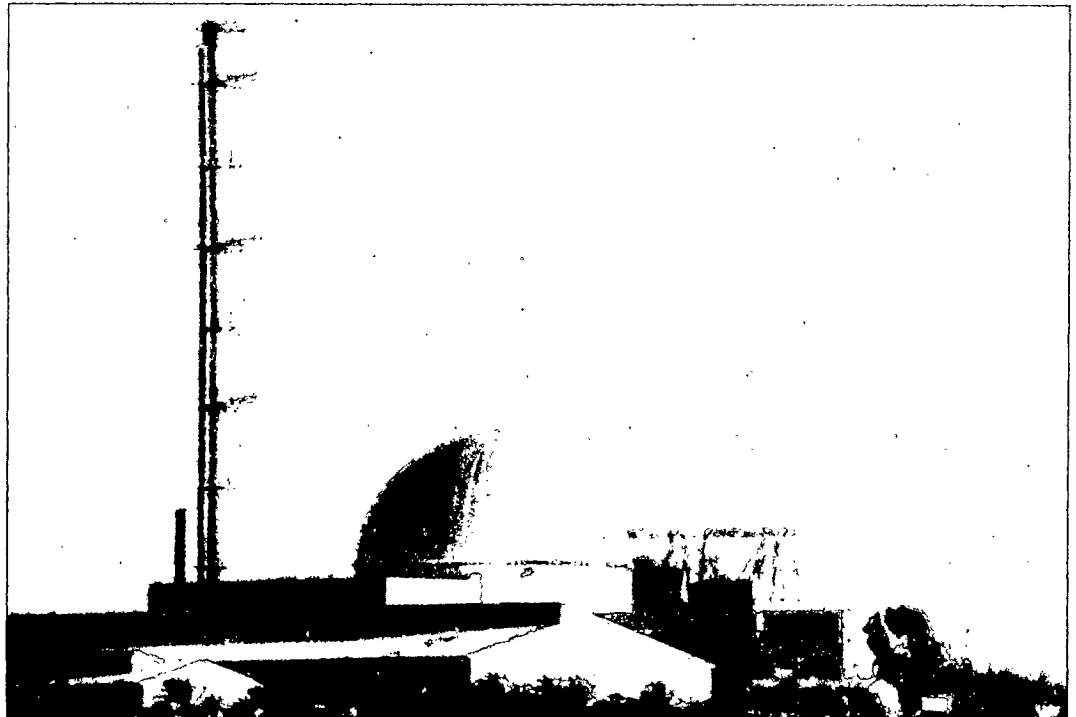
genügend Einfluß hatten, um ihre Bürger rasch rauszubekommen.“

Wie wichtig diese Beziehung für Israel ist, ersieht man daraus, daß es einen General als Militärattaché nach Pretoria entsandt hat, der einem israelischen Generalstabs-Forum angehört, dem höchsten Entscheidungsgremium der israelischen Streitkräfte.

Israelische Berater wirkten an der Planung und Vorbereitung der Invasion in Angola mit und sind seit 1975 in Namibia aktiv. Die von den Südafrikanern derzeit praktizierte Strategie, exemplarisch vorgeführt bei der Invasion Angolas und durch die kontinuierliche militärische Drangsalierung der schwarzafrikanischen Nachbarn mit dem Ziel ihrer Destabilisierung, lehnt sich an israelische Strategien im Kampf gegen die PLO und die benachbarten arabischen Staaten an.

★

Mehrmals im Jahr sorgt in Israel die Ankunft einer relativ kleinen Lieferung teuren angereicherten Urans für Ge-



Israelische Atomanlage Dimona: „Die Sendung ist eingetroffen“

sprächsstoff und Jubel auf allerhöchster Ebene. „Die Sendung ist eingetroffen“, lautet die frohe Botschaft, die dem israelischen Regierungschef überbracht wird. Diese Lieferungen erfolgen im Rahmen der nuklearen Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika und helfen mit, die israelische Atomwaffenproduktion in Gang zu halten.

Es ist das bestgehütete Geheimnis der israelisch-südafrikanischen Allianz, doch läßt alles, was darüber bis heute an die Öffentlichkeit gedrungen ist, keinen Zweifel daran, daß die Entwicklung nuklearer Waffentechnik ein Wesenselement der Überlebensstrategie beider Länder ist.

Der ehemalige Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Schlomo

Avineri, ließ einmal eine Bemerkung über „wirtschaftliche und technische Geschäfte mit Südafrika“ fallen und fügte hinzu: „Sie brauchen uns nötiger als wir sie.“ Die Bezüge blieben unklar. Was meinte er mit „technischen Geschäften“? Und wozu braucht Südafrika die Israelis?

Den öffentlichen Quellen können wir einige Hinweise auf umfassende Aktivitäten im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie entnehmen. Die israelische nukleartechnische Forschung setzte sehr früh ein, im Jahr 1949, und stützte sich in den fünfziger Jahren auf die Zusammenarbeit mit Frankreich.

Die israelischen Führer begriffen die überragende Bedeutung der Atomwaffen sehr früh: Israel legte, wie Indien,

vom Zeitpunkt seiner Staatswerdung im Jahr 1948 an ein Interesse an nuklearer Forschung und Entwicklung an den Tag. Sehr schnell begann man mit der Suche nach Uranvorkommen im Lande.

Der geheime Teil des israelischen Atomprogramms läuft seit Anfang der sechziger Jahre in Dimona ab, im Nuklearen Forschungszentrum Negev (NRCN, in Abkürzung des hebräischen Namens auch Kamag genannt).

Die atomaren Forschungsprogramme Israels und seine nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika waren seit 1978 Gegenstand mehrerer Resolutionen der UN-Vollversammlung. Beide Länder weigerten sich, den Atomwaffensperrvertrag von 1968 zu unterzeichnen; somit sind ihre nuklearen Anlagen seit vielen Jahren nicht mehr von Außenstehenden inspiziert worden.

Das volle Ausmaß der atomaren Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika wird möglicherweise nie ans Licht kommen; was wir hier anbieten können, ist lediglich eine bruchstückhafte Rekonstruktion. Einigen Aufschluß und einige Details über diese Zusammenarbeit vermittelte eine Sendung der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS am 21. Februar 1980; darin wurde der Inhalt eines Buches über das israelische Atomwaffenprogramm wiedergegeben, dessen Erscheinen die israelische Zensur verhindert hatte.

CBS berichtete über eine extensive, bis ins Jahr 1955 zurückreichende Kooperation, die sich in jüngerer Zeit auch auf gemeinsame Atombombentests erstreckt habe.

Israel und Südafrika haben ähnliche Beweggründe für die Entwicklung von Atomwaffen; für sie geht es eher um das nationale Überleben als um Landesverteidigung im herkömmlichen Sinn, aber dazu gesellt sich vielleicht noch das Bedürfnis, nicht nur das eigene Überleben zu sichern, sondern in der Lage zu sein, wenn es zum Schlimmsten käme, Vergeltung gegen ihre siegreichen Feinde üben zu können.

Die südafrikanische Atomwaffenentwicklung lief der israelischen parallel – mit einer bedeutsamen Abweichung: Südafrika fördert im eigenen Land so viel Uran, daß es beträchtliche Mengen davon exportieren kann. Die südafrikanische Atomenergiebehörde wurde 1949 errichtet und bot bereits 1952 Uran zum Export feil. Südafrika gehörte zu den acht Gründerstaaten der International Atomic Energy Agency (IAEA). 1957 wurde im Rahmen eines Fünfjahresplans ein kerntechnisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm in Gang gesetzt. Die Bauarbeiten für das nukleare Forschungszentrum von Pelindaba begannen 1961, zeitgleich mit denen für das israelische Dimona-Projekt.

Wie Südafrika betreibt auch Israel, was seine Errungenschaften und Pläne auf dem Sektor der atomaren Bewaffnung angeht, eine Politik der kalkulier-

Benjamin Beit-Hallahmi

verfolgte die Abendnachrichten des israelischen Fernsehens. Eine Meldung ließ ihn aufhorchen: Südafrikas Premierminister Balthazar Johannes Vorster, gerade auf Staatsvisite in Israel, besuchte die Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem.

Beit-Hallahmi beschlich sofort „das unheimliche Gefühl, Zeuge einer Inszenierung zu sein, durch die das Unerhörte in Normalität verwandelt“ werden sollte.

Denn Staatsgast Vorster, der Führer des rassistischen Burenstaates, war erwiesenermaßen ein Nazi-Kollaborateur gewesen. Streng nach israelischem Gesetz hätte er, sobald er israelischen Boden betrat, verhaftet und angeklagt werden müssen. Statt dessen – das Ganze spielte 1976 – wurde Vorster bei seiner Ankunft vom damaligen Premierminister Jizchak Rabin mit rotem Teppich und „einer herzlichen Umarmung“ begrüßt.

Von da an sammelte Beit-Hallahmi alles verfügbare Material, um dem „Geheimnis der südafrikanisch-israelischen Beziehungen“ auf die Spur zu kommen.

Drei Jahre später, im Juli 1979 und wiederum in den TV-Abendnachrichten, hatte Beit-Hallahmi erneut ein Schlüsselerlebnis: Ein Filmbericht zeigte, wie sandinistische Rebellen beim Vormarsch auf die nicaraguansische Hauptstadt nagelneue israelische Gewehre erbeuteten. Die Waffen hatte der Diktator Anastasio Somoza noch in den letzten Tagen seiner Herrschaft aus Israel geschickt bekommen.



Nun legte Beit-Hallahmi eine weitere Dokumentensammlung an, zunächst über israelische Aktivitäten in Südamerika, die schließlich auf alle Teile der Dritten Welt erweitert werden mußte.

Das Ergebnis seiner mehrjährigen Arbeit, ab nächster Woche im Buchhandel erhältlich*, ist für „Freunde und Gegner Israels gleichermaßen beunruhigend“ (so Beit-Hallahmi, heute 44 und Psychologie-Professor an der Universität Haifa).

„Schmutzige Allianzen – Die geheimen Geschäfte Israels“ beschreibt die engen Kontakte und guten Geschäfte des Judenstaates mit Despoten, Diktatoren und faschistoiden Militärdiktaturen, also mit allen „Parias der Dritten Welt“.

„Man braucht nur die Krisenregionen der letzten zehn Jahre zu benennen, und es wird keine dabei sein, in der nicht Photos von lächelnden israelischen Offizieren und mattglänzenden israelischen Waffen aufgetaucht

sind. Wir haben sie gesehen in Südafrika, im Iran, in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Haiti, Namibia, Taiwan, Indonesien, auf den Philippinen, in Chile, in Bolivien und vielen anderen Ländern.“

Für jene, die an den überraschenden, aber stets belegten Fakten zweifeln, hat Beit-Hallahmi folgenden Rat: „Wann immer Ihnen irgend etwas in diesem Buch Erzähltes unglaublich vorkommt, denken Sie an Vorsters Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem.“

* Benjamin Beit-Hallahmi: „Schmutzige Allianzen – Die geheimen Geschäfte Israels“. Kindler Verlag, München; 322 Seiten; 29,80 Mark.

ten Geheimniskrämerei. Man versucht, die übrige Welt im dunkeln tappen zu lassen, läßt aber von Zeit zu Zeit Andeutungen über die eigene atomare Schlagkraft fallen oder rühmt sich gar derselben.

Die südafrikanische Führung faßte den Entschluß, sowohl eine starke konventionelle als auch eine atomare Militärmacht aufzubauen, zu Beginn der sechziger Jahre, unter dem Eindruck der rapiden Entkolonialisierungswelle in Schwarzafrika. An die Technik der Urananreicherung wagten die Südafrikaner sich in den sechziger Jahren heran; 1970 hatten sie sie im Griff. Die erste Ladung nuklearen Brennstoffs, mit der der israelische Dimona-Reaktor 1963 beschickt wurde, bestand aus 24 Tonnen angereicherten Urans. Davon stammten zehn aus „israelischer Eigenproduktion“, zehn aus Südafrika und nur vier Tonnen aus Frankreich.

Schon zu diesem Zeitpunkt spielte Südafrika also eine wichtige Rolle für das israelische Atomprogramm. Unbestätigten Angaben zufolge gingen erste südafrikanische Uranlieferungen schon 1957 nach Israel, angeblich als Gegenleistung für konventionelle Waffen.

Die nukleartechnische Grundlagenforschung, die in Israel betrieben wird, zeitigt Früchte. Zwei israelische Wissenschaftler erhielten 1973 in der Bundesrepublik Deutschland ein Patent auf ein neuartiges Verfahren der Urananreicherung mit Hilfe von Laserstrahlen. Die beiden Physiker, Yeshayahu Nebenzahl und Menachem Levin, stehen im Sold des israelischen Verteidigungsministeriums.

Südafrika profitiert von diesen Forschungen. Es wird angenommen, daß Israel selbstentwickelte Techniken wie die der Trennung von Uranisotopen mittels Laserstrahlen den Südafrikanern zur Verfügung gestellt hat, die sich dafür anscheinend 1977 bereit erklärt haben, in der Wüste Kalahari eine Bombe zu testen. Viele israelische Atomwissenschaftler und -techniker reisen ziemlich oft nach Südafrika.

Was Trägersysteme für Atomwaffen betrifft, so hat Südafrika von den Israelis Jericho-Raketen bezogen, die Atomsprengköpfe transportieren können. Ferner haben Israel und Südafrika in Zusammenarbeit mit Taiwan, wie es heißt,



Staatsgast Vorster (r.) in Israel*: „Herzliche Umarmung“

einen mit Atomsprengköpfen bestückbaren Marschflugkörper produziert. Marschflugkörper lassen sich von fahrbaren Lafetten oder von Sattelschleppern aus abschießen.

Seit 1977 sind drei Vorfälle bekanntgeworden, die möglicherweise mit südafrikanischen Atombombenversuchen zu tun hatten: im August 1977, im September 1979 und im Dezember 1980. In den beiden letzteren Fällen handelte es sich um mysteriöse, weithin wahrnehmbare Lichtblitze unweit der Küste Südafrikas.

Im August 1977 berichtete die Sowjet-Union über die Vorbereitung eines südafrikanischen Atombombentests in der Wüste Kalahari und forderte die USA auf, diesen Test zu verhindern. Die Nachrichtenagentur Tass sprach in einer Meldung vom 8. August von einer Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel bei der Entwicklung von Atomwaffen. Washington übte auf das sowjetische Drängen hin tatsächlich Druck auf Südafrika aus, und der Test fand nicht statt.

Am 22. September 1979 registrierte ein US-amerikanischer Spionagesatellit an einem Punkt auf offener See unweit der Südspitze Südafrikas einen grellen Lichtblitz. Wenige Tage später traf eine israelische Delegation ein.

Experten vermuteten als Ursache des Lichtblitzes einen Atombombentest, konnten aber nicht mit Gewißheit sagen, wer ihn durchgeführt hatte. Die US-Fernsehgeseellschaft CBS meldete in ihrer Nachrichtensendung vom 21. Februar 1980, der Lichtblitz von 1979 sei in der Tat das Ergebnis eines israelisch-südafrikanischen Atombombentests gewesen.

Die Spekulationen über den oder die Veranstalter dieses Bombentests erhielten neue Nahrung, als das israelische Staatsfernsehen am 21. Dezember 1980 kommentarlos eine britische Fernsehsendung ausstrahlte, die eine plausible Antwort auf die Frage lieferte. Die Sendung beschäftigte sich en détail mit der nukleartechnischen Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel.

Der Lichtblitz von 1979 sei, so hieß es, durch die zu Testzwecken veranstaltete Unterwasser-Zündung einer im Rahmen jener Zusammenarbeit entwickelten neuartigen Atombombe verursacht wor-



Südafrikanisches 155-Millimeter-Geschütz
Geeignet für Atomgranaten

* 1976 vor der Klagemauer in Jerusalem.

„Wegen Mordes angeklagt und verurteilt“

SPIEGEL-Interview mit Südafrikas Informationsminister Christoffel van der Merwe

SPIEGEL: Herr van der Merwe, Südafrika ist wegen der angekündigten Hinrichtung der „sechs von Sharpeville“ wieder einmal von der ganzen Welt angegriffen worden. Ein Richter hat die Hinrichtung am Tag vor dem Hängen verschoben. Warum hat Präsident Botha nicht eingegriffen und von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht?

VAN DER MERWE: Sie sprechen von zwei verschiedenen Dingen. Erstens: Unsere Gerichte haben den besten Ruf wegen ihrer Unabhängigkeit. Es ist eine Tatsache, daß die Regierung schon mehrmals Gerichtsfälle verloren hat, die sie lieber nicht verloren hätte. Zweitens steht die Regierung auf dem Standpunkt, und darauf stand sie schon immer, daß in der Rechtsprechung kein Platz für politische Erwägungen ist. Ein Eingriff des Präsidenten hätte die Integrität unseres Justizsystems berührt.

SPIEGEL: Und deshalb haben Sie die Gnadenappelle aus aller Welt ignoriert?

VAN DER MERWE: Der Fall der sechs wird wie jeder andere Fall von Kapitalverbrechen behandelt – auf klinische, apolitische Weise. Die Gruppe war von einem Richter mit zwei Beisitzern für schuldig befunden worden. Der Fall ging in die Berufung, und ein Gremium von fünf Richtern bestätigte die Todesurteile.

SPIEGEL: Die fünf Männer und eine Frau wurden nicht als Mordtäter verurteilt, sondern als Teilnehmer einer Protestversammlung, aus der heraus im September 1984 in Sharpeville ein Kommunalpolitiker umgebracht wurde.

VAN DER MERWE: Über die juristischen Einzelheiten kann ich mich nicht äußern. Aber ich muß Ihnen sagen, daß die sechs nicht auf politischer Ebene angeklagt waren, sondern wegen Mordes, und dafür wurden sie verurteilt. Außerdem ist mir aufgrund der Gerichtsunterlagen klar, daß jeder der Angeklagten eine führende Rolle bei dem Verbrechen hatte. Es handelte sich nicht etwa um unschuldige Zuschauer.

SPIEGEL: In Südafrika ist nicht nur die Justiz drakonisch. Die Politiker herrschen mit dem Ausnahmerecht. Ende Februar haben Sie den Oppositionsverband UDF, den Gewerkschaftsverband der Schwarzen, Cosatu, und 15 weitere oppositionelle Gruppen verboten oder geknebelt. Warum richtete sich Ihr Schlag gegen Organisationen, die zwar Zielsetzungen des geachteten Afrikanischen Nationalkongresses ANC teilten, aber unblutig kämpften?

VAN DER MERWE: In vielen Fällen hat die UDF nur mit dem Mund Gewalt-

losigkeit gepredigt. Die UDF hat aber das Klima geschaffen, das der ANC für die Durchsetzung seiner Ziele braucht. Das konnten wir nicht zulassen, denn der ANC ist eine bösartige, gewalttätige Vereinigung.

SPIEGEL: Die UDF hat zwar den Sturz Ihrer Regierung verlangt, doch bei Massenversammlungen hat sie häufig Gewalt verhindert.

VAN DER MERWE: Die UDF-Propaganda verhinderte ein Klima der Verhandlung über eine gemeinsame Zukunft. Die Regierung sollte zerstört und durch ein völlig anderes System ersetzt werden. Die UDF schuf keine Atmo-



Minister van der Merwe
„Beruhigung durch Ausnahmerecht“

sphäre für Reformen, sondern für gewaltsame Revolution.

SPIEGEL: Haben Sie Beweise für Ihre Anschuldigungen?

VAN DER MERWE: Der ANC selber sagt, daß die UDF sein interner Flügel war. Das revolutionäre Klima . . .

SPIEGEL: . . . wird durch amtliche Zahlen widerlegt. 1986 starben 1289 Menschen bei politischen Gewaltakten, 1987 starben weniger als 20 Personen im Monat. Soweit der Ausnahmezustand und die Pressezensur dies noch zulassen, muß man daraus schließen, daß die landesweite Unruhe stark abgenommen hat.

VAN DER MERWE: Wir haben durch das Ausnahmerecht eine Beruhigung erreicht. Vielleicht war unser Vor-

gehen hart, aber dadurch wurden Hunderte von Menschenleben gerettet. Dennoch stellten wir fest, daß zwar die physischen Auswüchse abgenommen hatten, daß aber die unterschwellige Orientierung auf einen gewaltsamen Regierungssturz noch vorhanden war.

SPIEGEL: Der angesehene Erzbischof Desmond Tutu, ein Schirmherr der UDF, sagte, die Verbote würden von vielen Schwarzen als „Kriegserklärung der Regierung“ verstanden.

VAN DER MERWE: Der Erzbischof wird im Ausland weit mehr geschätzt als von den Schwarzen in Südafrika. Gemessen an seinen emotionalen Ausbrüchen in der Vergangenheit sollte man alle seine Worte mit Vorsicht genießen.

SPIEGEL: Ihre Regierung steht unter zunehmendem Druck von rechten Kritikern, wie der Konservativen Partei, der offiziellen Opposition im weißen Parlament, und der militanten „Afrikaner Weerstandsbewegung“. War Ihr Rundumschlag gegen die schwarze Opposition nicht auch der Versuch, „kragdadig“ – entschlossen – zu wirken, weil viele weiße Wähler befürchten, sie würden von Ihnen „ausverkauft“?

VAN DER MERWE: Nein, die Entscheidung war viel zu wichtig, als daß wir sie von einigen Sitzten im Parlament abhängig gemacht hätten.

SPIEGEL: Im Oktober finden in ganz Südafrika Wahlen auf Kommunalebene statt, bei denen zum erstenmal Schwarze und Weiße an einem Tag zu den Urnen gehen sollen. Wollten Sie die UDF aus dem Weg haben, weil sie sich weigerte teilzunehmen?

VAN DER MERWE: Die Aktionen und die Propaganda der betroffenen Gruppen zielten tatsächlich darauf, die Bevölkerung an ihrer Mitwirkung in demokratischen Einrichtungen zu hindern.

SPIEGEL: Die geknebelten Organisationen sprachen für einen großen Teil der Bevölkerung. Allein zur UDF gehörten schätzungsweise zweieinhalb Millionen Menschen.

VAN DER MERWE: So kann man das nicht sehen. Die UDF ist ein Zusammenschluß vieler Vereinigungen. Deren Mitglieder darf die UDF nicht allesamt als eigene Mitglieder ausgeben. Unsere Umfragen belegen, daß die große schwarze Mehrheit für friedliche Verhandlungen ist.

SPIEGEL: Andere Umfragen bestätigen, daß der ANC noch immer die beliebteste politische Bewegung für Schwarze ist – mehr als 25 Jahre nach seinem Verbot. Spricht das nicht gegen



Theresa Ramashamona



Oupa Moses Diniso



Reid Malebo Mokoena



Duma Joshua Khumalo



Mojalefa Reginald Sefatsa



Francis Manentsa Mokhes

Zum Tode verurteilte Südafrikaner: „Ein Fall wie jeder andere“

die Niederschlagung von UDF und anderen oppositionellen Bewegungen?

VAN DER MERWE: Es ist wahr, daß der ANC eine ziemlich große symbolische Unterstützung genießt. Dennoch sind es weniger als 40 Prozent. Noch erstaunlicher ist, daß weniger als 15 Prozent der Bevölkerung die Gewalttätigkeit des ANC gutheißen. Mehr als 80 Prozent wünschen sich eine friedliche Zukunft, die durch Verhandlungen erreicht wird.

SPIEGEL: Werden sich Ihre außerparlamentarischen Gegner nicht unter neuen Namen zusammenschließen?

VAN DER MERWE: Das ist möglich und vergleichbar mit dem Verhältnis zwischen Finanzamt und Steuerhinterzieher. Der eine unternimmt etwas, daraufhin reagiert der andere, und so geht es weiter.

SPIEGEL: Wollen Sie deshalb ein Gesetz verabschieden, das die Finanzierung von Oppositionsgruppen mit ausländischen Geldern verbietet?

VAN DER MERWE: Als Prinzip steht hinter dem Gesetzentwurf, daß eine Lösung von Südafrikanern für Südafrikaner gefunden werden muß.

SPIEGEL: Die deutschen Kirchen unterstützen Oppositionsgruppen aus humanitären Gründen. Sie argumentieren: Diese Menschen sind so arm, weil sie keine politischen Rechte haben.

VAN DER MERWE: Wenn Ihre Kirchen hierzulande politische Aktivitäten

unterstützen wollen, dann entgegnen wir ganz deutlich: Dazu habt ihr kein Recht, denn die deutschen Kirchen werden nicht mit den Folgen zu leben haben. Aber humanitäre Hilfe ist willkommen für Leute, die unter den Folgen ausländischer Sanktionen zu leiden haben.

SPIEGEL: Herr van der Merwe, Sie sind auch der Chefunterhändler Ihrer Regierung mit Schwarzen. Mit wem reden Sie da eigentlich?

VAN DER MERWE: Es gibt eine Menge Leute, die geneigt sind, sich am Reformprozeß zu beteiligen. Bislang hielten sie sich zurück wegen der Propaganda und der bösen Einschüchterung durch die UDF. Ich kann auch bekanntgeben, daß gewisse Personen aus UDF-Kreisen sich jetzt möglicherweise am Reformprozeß beteiligen werden.

SPIEGEL: Wer denn zum Beispiel?

VAN DER MERWE: John Mavuso.

SPIEGEL: Wer ist das?

VAN DER MERWE: Er war früher im Führungskomitee des ANC mit Nelson Mandela.

SPIEGEL: Haben die Schwarzen, mit denen Sie reden, denn Unterstützung bei ihren eigenen Leuten?

VAN DER MERWE: Das muß getestet werden. Wir wollen zusammen eine neue politische Ordnung erarbeiten, die alle Menschen Südafrikas einschließt. Wenn das vollbracht ist, wird die Gesamtbevölkerung Gelegenheit zu Zustimmung oder Ablehnung erhalten.

den. Die meisten Berichte und Spekulationen über israelische Atomwaffen krankten daran, daß sie in einem Vorstellungsmuster befangen sind, das von den bekannten nuklearen Waffensystemen anderer Staaten bestimmt wird und die spezifische Situation Israels nicht in Rechnung stellt. Israel hat bei seiner nuklearen Bewaffnung andere Bedürfnisse als etwa die USA, Frankreich oder China. Israelische Atomwaffen sind nur für den Einsatz im Nahen und Mittleren Osten bestimmt und müssen auf diesen Anwendungszweck zugeschnitten sein.

Israel hat daher keinen Bedarf an Wasserstoffbomben mit großer Sprengkraft, die, gegen die unmittelbaren Nachbarn eingesetzt, Teile des eigenen Territoriums gefährden könnten. Ein Blick auf die Landkarte macht das deutlich. Was Israel – und ebenso Südafrika – braucht, sind „kleine“ Atomwaffen, ähnlich denen, die im Sprachgebrauch der Supermächte als „taktisch“ (das heißt für den Einsatz auf dem atomaren Schlachtfeld bestimmt) bezeichnet werden. Diese Einsicht ist schon seit den sechziger Jahren bestimmend für die israelische Atomwaffenpolitik.

Die Außenwelt verbindet mit der nuklearen Rüstung Israels und Südafrikas die herkömmlichen, von der atomaren Strategie der „alten“ Atommächte her vertrauten Vorstellungen über „die Bombe“. Einige brillante israelische Köpfe haben sich indes eine originär israelische Lösung für ein spezifisch israelisches Problem ausgedacht. Südafrika fungierte bei der Erarbeitung dieser Lösung als Partner und war und ist ihr Nutznießer.

Beide, Südafrika wie Israel, erkannten in den sechziger Jahren, daß sie taktische Atomwaffen brauchen. Dieses Erkenntnis mündete in die Entwicklung einer atomaren Granate, die aus einer 155-Millimeter-Haubitze oder aus einer Schiffskanone abgefeuert werden kann. Das war sehr wahrscheinlich die Waffe, die 1979 getestet wurde. Diese Granate enthält einen „kleinen“ atomaren Sprengsatz mit einer Sprengkraft von zwei Kilotonnen – die ideale Atomwaffe für die beiden Länder.

Eine so enge Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern in einem so delikaten Bereich wie dem der Entwicklung atomarer Waffensysteme setzt ein äußerst hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen voraus. Die meisten anderen Atommächte hüten die technischen und operativen Geheimnisse ihrer Waffensysteme wie ihren Augapfel, so daß Israel und Südafrika hier schon den Beweis für ein außergewöhnlich enges Vertrauensverhältnis liefern.

Eine nukleare Allianz ist heutzutage wohl die Krönung einer Beziehung zwischen zwei Staaten. Ein auf Plutonium gegründetes Bündnis ist eine Blutsbrüderschaft im furchtbarsten Sinne des Wortes und verdient es, sehr ernst genommen zu werden. ♦